

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4027

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4027



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Verabschiedet durch die Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen am 25.06.2022

Für eine langfristig sichere Schweiz

Forderungen der FDP in der Sicherheitspolitik

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Zäsur: Die Renaissance der Machtpolitik ist nun definitiv auch in Europa angekommen. Dies hat Konsequenzen für die Schweizer Sicherheitspolitik. Diese muss an neue Realitäten angepasst werden. Denn die Sicherheit gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Freiheit und für einen prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum. Für die FDP ist klar, dass die Verteidigungspolitik auf den militärischen Kernauftrag fokussieren, das Fähigkeitsbündel und der Eigenleistungsanteil deutlich erhöht, die Verteidigungskooperation verstärkt sowie die Resilienz der Versorgung sichergestellt, werden müssen. Der Spielraum der Neutralität soll hierbei genutzt werden. Der rechtliche Kern aber erhalten bleiben. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung steht zu einer starken, gut ausgebildeten und ausgerüsteten Milizarmee.

1. Herausforderungen

- › Sicherheitslage Europa: Das Ende der Geschichte ist nicht eingetreten. Krieg wird mitten in Europa als Machtmittel eingesetzt. Das führt zu mehr Unsicherheit, potenziell mehr Migration und hat negative wirtschaftliche Folgen (Lieferengpässe und Ressourcenknappheit). Die Folgen des Krieges werden uns wahrscheinlich nachhaltig beschäftigen.
- › Vernachlässigte Sicherheitspolitik: Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurden seit dem Fall der Berliner Mauer vernachlässigt – finanziell und in Bezug auf die Einsatzfähigkeit der sicherheitspolitischen Instrumente, namentlich der Armee. Nun gilt es innert kurzer Frist den Verfassungsauftrag, die Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes zu wahren (Art. 2 BV), vollumfänglich zu erfüllen.
- › Internationale Instabilität: Wir stehen mitten in einer globalen Auseinandersetzung der Wertesysteme, mit noch unabsehbaren Folgen und Konsequenzen für das internationale System. Was aber heute schon klar ist: es gilt unsere Werte und Interessen in einer instabileren Welt zu verteidigen.
- › Ausweitung der Operationsräume: Mit dem Cyberraum eröffnet sich neben den Räumen Luft, Boden, Wasser, Weltall ein neuer Konfliktraum, in welchem die Sicherheit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bedroht ist.

2. Unsere Forderungen

Verteidigungspolitik

- › Sicherheitspolitische Risiken klar benennen: Das Update zum sicherheitspolitischen Bericht 2021 der Schweiz muss klar die Risiken für die internationale Ordnung und unsere Werte durch autoritäre Regime wie z.B. Russland und China benennen. Russlands Aggressionspolitik bedroht Europa und das Fundament unserer demokratischen, rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Werte. Die sich daraus ergebenden möglichen strategischen Szenarien sind – inklusive der gefährlichsten Variante – klar zu benennen. So ist auch aufzuzeigen, welche Folgen eine allfällige Eskalation des Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine für die NATO und die Schweiz konkret hätten.

- › Bessere Antizipation durch Szenarien-Denken: Das strategische Denken zur Antizipation von möglichen Szenarien, insbesondere auch den gefährlichsten Möglichkeiten, muss wieder Einzug finden. Alle sicherheitspolitischen Instrumente des Bundes müssen diese in der Planung, Übung und Ausführung berücksichtigen.
- › Bessere Frühwarnung: Es braucht eine Evaluation der Leistungsfähigkeit unserer nachrichtendienstlichen Kapazitäten. Frühzeitige Informationen von Seiten des Nachrichtendienstes sind unabdingbar, um dynamische Situationen richtig einzuschätzen. Das diplomatische Netz sollte den Auftrag erhalten, bei der direkten Einschätzung von Bedrohungen proaktiver zu sein.
- › Optimierung des Krisenführungsstabs: Das strategische Krisenmanagement ist zu optimieren. Der Bundesrat braucht analog zu den Kantonen einen funktionierenden Krisenführungsstab, der über ein kohärentes konsolidiertes Lagebild verfügt. Dringend ist zudem ein Konzept zur Krisenkommunikation, die aus einer Hand erfolgen und über die nötigen technischen Mittel verfügen muss.
- › Fähigkeitslücken aufdecken: Die Zeit des Abbaus finanzieller Mittel der Armee hat nicht nur zu erheblichen Fähigkeits- und Ausrüstungslücken geführt; sie hat auch die intellektuelle Redlichkeit negativ beeinflusst: Weil die Armee nur noch über begrenzte Fähigkeiten verfügt, wurden entsprechend auch Bedrohungsanalysen und Doktrin auf diese reduzierten Fähigkeiten angepasst. Zugunsten einer besseren Übersicht über den Stand der Dinge ist die Erarbeitung eines Berichtes nötig, welcher ausgerichtet auf adäquate Bedrohungsanalysen und Doktrin die Fähigkeitslücken bei den verschiedenen Truppengattungen beleuchtet.
- › Erhöhung der Mittel durchsetzen: Das Armeebudget ist auf 7 Milliarden Franken und der personelle Sollbestand auf 120'000 Angehörige der Armee zu erhöhen. Mit dem geforderten Bericht, soll ermöglicht werden, die Fähigkeitslücken schneller zu identifizieren. Dazu sollen die beschaffungsmreifen Vorhaben vorgezogen, rein finanzgetriebene Ausserdienststellungen reevaluiert, bereits beschaffte Einsatzsysteme nachbestellt sowie neue Systeme zugekauft werden.
- › Zukunftsfähige Armeepolitik: Die Schweizer Armee kann künftig den Kampf der verbundenen Waffen führen und einen konventionellen Angriff autonom oder im Verbund abwehren. Zu diesem Zwecke erhöht sie ihre eigenen Fähigkeiten und kooperiert im Rahmen ihrer neutralitätsrechtlichen Pflichten und Rechte.
- › Ausrichtung der Armeeorganisation auf den Kernauftrag: Die Armee ist heute auf die Bewältigung von sogenannten "wahrscheinlichen" Fällen ausgerichtet. Die Fokussierung auf den Kernauftrag Verteidigung bei gleichzeitiger Beibehaltung die Fähigkeitsorientierung zur Bewältigung unklarer, hybrider Bedrohungsformen ist angesichts der geopolitischen Entwicklungen überfällig.
- › Militärische Kooperation ausbauen: Die Igel-Mentalität, in welcher sich die Schweiz autonom schützen kann, ist veraltet und ist realitätsfremd. Die Schweiz muss enger mit der NATO kooperieren (über das Programm Partnership Interoperability Initiative (PII) sowie in einem zweiten Schritt das Enhanced Opportunities Partner (EOP)). Hierfür muss die Schweiz einen klar definierten Katalog an Leistungen betreffend Fähigkeiten, Kapazitäten und geographischem Raum der NATO erarbeiten, die sie in der Kooperation einbringen kann.
- › Streitkräfteplanung überarbeiten: Aufgrund der sich akzentuierenden Bedrohung in Europa ist eine Überarbeitung der relevanten Planungsdokumente (bspw. „Modernisierung der Bodentruppen“) zuhanden des Parlaments und der interessierten Öffentlichkeit dringlich. Wir verlangen klare Aussagen zu den notwendigen Fähigkeitsbündeln, um die Schweizer sicherheitspolitischen Ziele strategisch, operativ und taktisch erreichen zu können. Entscheidend ist, dass die Streitkräfteplanung auf ein Gesamtsystem hinwirkt. Der Nachrichtenverbund muss über ein funktionierendes Führungsinformationssystem mit dem Wirkungsverbund verlinkt sein.
- › Einsatzfähigkeit sicherstellen: Die Einsatzfähigkeit, insbesondere im Gefecht mit verbundenen Waffen, muss durch regelmässige Volltruppenübungen, Verbundübungen zivil-militärischen Art über alle Stufen des Föderalismus hinweg und gemeinsam mit der NATO, sichergestellt werden.

- › Armeestruktur, Dienstmodelle und personelle Alimentierung neu fokussieren: Die Dienstmodelle der Miliz sollen entlang der Aufgabenteilung weiterentwickelt werden. Die starre Zielgrösse der Armee von 100'000 Angehörigen ist aufzuheben und der neuen Bedrohungssituation anzupassen.
- › Zukunftsfähige Rüstungspolitik umsetzen: Um die Verteidigung im Verbund gewährleisten zu können, stellt die Schweiz die Interoperabilität mit der NATO sicher. Alle neue Rüstungsgeschäfte sind auf ihre Kompatibilität mit den NATO-Systemen zu prüfen.
- › PESCO-Entwicklung verfolgen: Das europäische Kooperationsprojekt bietet spannende Partizipationsmöglichkeiten, unter anderem in der Forschung und der Rüstungsindustrie. Es gilt zu beobachten, wie sich die Initiative im Hinblick auf die neuen Gegebenheiten entwickelt.
- › Luftraumverteidigung: Der von der Bevölkerung unterstützte neue Kampffjet F-35 sowie das bodengestützte Luftverteidigungssystem grösserer Reichweite (BodLuv) ist unmittelbar zu beschaffen, damit die Sicherung des Luftraumes rasch gewährleistet werden kann.
- › Drohnen und Bewaffnung: Aufstockung und Bewaffnung des Drohnenarsenals gemäss den Ergebnissen des angeforderten Berichts.
- › Technologisch Spitze bleiben: Eine leistungsfähige technologische und industrielle Basis (STIB) ist für die Schweizer Sicherheitspolitik unabdingbar. Eine Spitzenposition in ausgewählten Bereichen trägt dazu bei, die rüstungspolitische Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland zu reduzieren.

Bevölkerungs- und Zivilschutz

- › Stärkung Bevölkerungs- und Zivilschutz: Dem Zivil- und dem Bevölkerungsschutz kommt eine besondere Rolle beim Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren bzw. deren Bewältigung zu. Um diese Rolle pflichtgemäss ausführen zu können, müssen die personellen und finanziellen Ressourcen sichergestellt werden (bspw. Alimentierungsproblematik und) gezielter auf den Kernauftrag ausgerichtet werden.
- › Notfallanlagen ertüchtigen: Mit der langen Friedensperiode wurde der Unterhalt der Schutzbauten vernachlässigt. Der Instandhaltung und dem Zugang der Notfallanlagen (bspw. Luftschutzkeller) muss wieder Priorität eingeräumt werden.
- › Information der Bevölkerung: Den beiden Organisationen müssen die technischen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um im Krisenfall die Bevölkerung bedarfsgerecht an die jeweiligen Zivilschutzanlagen zuzuweisen oder anderweitig zu informieren.

Internationales Engagement

- › Neutralität im Dienste der Sicherheit: Das Schweizer Neutralitätsverständnis basiert auf zwei Pfeilern: Dem Neutralitätsrecht und der Neutralitätspolitik. Das Neutralitätsrecht besagt, dass die Schweiz nicht an einem Krieg teilnimmt, ihr Staatsgebiet zu schützen hat und Kriegsparteien gleich zu behandeln sind. Die Umsetzung der obenstehenden Pflichten, die Neutralitätspolitik, lässt mehr Interpretationsspielraum zu: So müssen wir den Spielraum nutzen, um im Verbund der demokratischen Länder agieren zu können. Dies, durch ein flexibles und modernes Verständnis der Neutralität, dessen rechtlicher Kern aber erhalten bleibt.
- › Solidarische Sanktionspolitik: Bei eklatanten Verletzungen des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines Landes muss die Schweiz klar Position beziehen. Sie muss die Sanktionen der UNO, der OSZE sowie ihrer wichtigsten Handelspartner solidarisch mittragen und so den Rechtsbrechern entschieden entgegenreten.
- › Friedensförderung als Stärke der Schweiz: Die Schweiz hat viel Erfahrung und Glaubwürdigkeit in der Mediation, den Guten Diensten und allgemein in der Friedensförderung. Diese Trümpfe gilt es auszuspielen. Das internationale Genf spielt hierbei eine wichtige Rolle. Dieses Engagement ist weiterzuführen und zu intensivieren. Auch soll sich die Schweiz in den multilateralen Gremien wie der OSZE, der UNO oder dem Europarat aktiv für unsere Werte sowie für eine regelbasierte internationale Ordnung einsetzen. Zudem kommt der Schweiz als Depositarstaat der Genfer

Konventionen bei der Wahrung des humanitäres Völkerrechts eine besondere Rolle zu Die Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat der Schweiz ist die logische Fortführung des Einsatzes der guten Dienste.

- › Militärische Friedensförderung ausbauen: Internationale Sicherheit lässt sich nicht allein mit zivilen Mitteln erreichen. Es braucht auch die militärische Friedensförderung. Die qualitativen und quantitativen Kapazitäten der militärischen Friedensförderung sind gezielt auszubauen. Das dient den aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz, fördert die Interoperabilität der Streitkräfte und erhöht die Einsatzbereitschaft der Armee.

Technologie und Cybersicherheit

- › Cybersicherheit stärken: Digitale Technologien spielen eine Schlüsselrolle in modernen Gesellschaften und sind gleichzeitig Gegenstand geopolitischer Auseinandersetzungen. Der Schutz vor Cyberrisiken ist deshalb von strategischer Bedeutung und ist gezielt zu verstärken. Die FDP fordert eine fokussierte neue Cyberstrategie sowie eine zweckmässige Organisation der Mittel in einem Bundesamt.
- › Staatliche Cyber-Resilienz verbessern: Der Bund ist in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass seine eigenen, zivilen Systeme von Cyber-Angriffen geschützt sind.
- › Cyberfähigkeiten der Armee stärken: Die Cyberbedrohung hat einem vierten Möglichkeitsraum (Wasser, Land, Luft und Cyberraum) geschaffen, den es im Konfliktfall zu verteidigen gilt. Ebenso muss die Armee fähig sein, ihre Systeme vor Cyber-Angriffen zu schützen.

Versorgungssicherheit

- › Vorratslagerung überprüfen: Aufgrund der aktuellen Krisen und zugunsten einer besseren Vorbereitung muss überprüft werden, ob alle für die Bevölkerung und Wirtschaft relevanten Ressourcen gelagert werden und ob die vorgegebenen Kapazitäten ausreichen. Dies, um nicht nochmals einen Fall wie in der Pandemie erleben zu müssen, bei welchem die Bestände (bspw. Ethanol) nicht ausreichend oder gar nicht zur Verfügung standen. Die Überprüfung muss in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren erfolgen.
- › Diversifikation der Handelspartner von kritischen Gütern und Dienstleistungen: In Krisenzeiten kann die Versorgungskette von kritischen Gütern und Dienstleistungen schnell unterbrochen werden. Der Staat muss ideale Handelsbeziehungen aufbauen, um bei der Versorgung mit kritischen Gütern nicht nur von einem Handelspartner angewiesen zu sein.
- › Energiesicherheit gewährleisten: Eine Strommangellage ist eine der bedeutendsten Bedrohungen für die Schweiz. Es müssen diverse Massnahmen getroffen werden, um eine mögliche Stromlücke ab 2025 zu schliessen. Dafür sind die angestossenen Überlegungen des Bundesrates zugunsten von Spitzenlast-Gaskraftwerken weiter zu verfolgen. Ergänzend sind weitere Massnahmen voranzutreiben, um die Einhaltung der Pariser Übereinkommens zu garantieren, wie beispielsweise der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien oder weitere Lösungen, die die FDP in der Resolution «[Weniger Polemik, mehr Strom](#)» gefordert hat.
- › Infrastruktur krisentauglich machen: In Notsituationen sind krisenfesten Telekommunikationsnetzwerke (öffentlich sowie staatliche bspw. Polycom) unabdingbar, so ist die Krisentauglichkeit – sowie Festigkeit weiter voranzutreiben. Den Blaulichtorganisationen sowie deren Partner ist ein modernes Lagebildsystem zur Verfügung zu stellen.
- › Lebensmittel-Versorgungssicherheit gewährleisten: Die Lebensmittel-Versorgungssicherheit soll durch eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Inlandsproduktion und Freihandelsbeziehungen gewährleistet werden.